

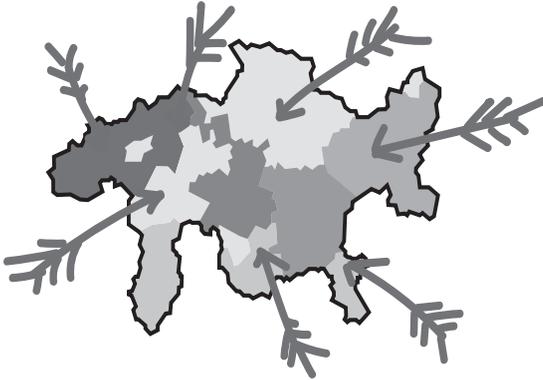


Sozialdemokratische Partei  
Kanton Graubünden

Partida Socialdemocratica  
Chantun Grischun

Partito Socialista  
Cantone dei Grigioni

## Attacco all identità grigione



iniziativasullelingue-no.ch

Contro costosi percorsi solitari!  
Basta esperimenti nella scuola elementare!

### Iniziativa sulle lingue

**NA, NO  
NEIN**

23 settembre 2018

### Rückblick auf den Wahlsieg

Beatrice Baselgia, Philipp Wilhelm,  
Lukas Horrer

Am 10. Juni wählte Graubünden. Es war ein guter Tag für alle BündnerInnen, die Fortschritt in unserem Kanton wollen. Peter Peyer ist Regierungsrat. Nicht wenige Politfische gestanden der Kandidatur des Berufsgewerkschafters mit seiner wenig linearen Biografie ohne akademischen Titel magere Erfolgsaussichten zu. Peter bewies mit Hilfe des Kampagnenteams und der Agentur «skipp» das Gegenteil und zeigte auf, wie er wirklich ist: Kompetent, geradeaus, unkompliziert. Das schätzen

### Inhalt

|                                  |     |
|----------------------------------|-----|
| Rückblick auf den Wahlsieg       | 1-3 |
| Fremdspracheninitiative          | 4-6 |
| Unsere neue<br>Grossratsfraktion | 7-9 |

### Eidgenössische Abstimmungen vom 23. September 2018

|  |    |
|--|----|
| Bundesbeschluss Velo                   | 10 |
| Ernährungssouveränitäts-<br>Initiative | 11 |
| Fair-Food Initiative                   | 12 |
| Interessengemeinschaft<br>Sennhof      | 13 |
| Leute: Julia Meier                     | 14 |
| JUSO                                   | 15 |
| Letzte Seite                           | 16 |



seine vielen Unterstützenden und offensichtlich auch die Bündnerinnen und Bündner.

Peter Peyer will nicht weiter wie bisher, er will Fortschritt – und das braucht Veränderung. Erfreulich ist darum die Rochade bei der Departementszuteilung. Dafür standen wir im Wahlkampf ein und wir sind überzeugt, dass Peter ein hervorragender Justiz-, Sicherheits- und Gesundheitsminister wird.

In die Grossratswahlen starteten wir mit 15 Mandaten aus dem Jahr 2014, damals historischer Höchststand. Das Ziel war klar, aber ambitioniert: Wir müssen halten, obschon ein Drittel der Fraktionsmitglieder nicht mehr antrat. Mit Spitzenresultaten und überraschenden Sitzgewinnen in bürgerlich dominierten Kreisen gewannen wir drei Sitze hinzu und stellen mit 18 GrossrätInnen eine kompetente und vielfältige Fraktion: Ein Drittel ist jünger als 35 Jahre. Der Frauenanteil steigt von 33% auf 44%. Rechnen wir Stellvertretenden hinzu, sind es gar 50%! Keine andere Partei kann solche Quoten vorweisen. Doch auch Wermutstropfen gehören zur Politik. Für fünf Kandidierende reichte es am 10. Juni nicht zur Wahl. Auch ihnen gilt unser Dank und grösster Respekt.

Wir dürfen auf das historische Wahlergebnis stolz sein. Speziell, da wir es auf neuen Wegen erreicht haben. Wir politisierten modern und machten Parteiarbeit für die Menschen zugänglich. Mit offenen Vorwahlen,

viel Kontakt zu den Wählerinnen und Wählern im digitalen Raum wie auf der Strasse und vor allem mit einer breit angelegten und top organisierten Basiskampagne: Über 160 Freiwillige telefonierten sich mit Peter Peyer für seine Kandidatur und für den Fortschritt in Graubünden die Ohren wund. Das gemeinsame Wahlwerben schaffte Stimmung, machte Laune und wirkte.

Das war gerade bei der tiefen Wahlbeteiligung wichtig. Der Baukartellskandal hat das Vertrauen in die Politik erschüttert. Als Partei, die ohne Filz politisiert und die sich gewohnt ist, gegen den Strom zu schwimmen, stehen wir glaubwürdig für Aufklärung und einen politischen Neuanfang ein. Dafür haben wir uns zu zentralen Themen wie Klimawandel, Digitalisierung und Wirtschaftsentwicklung gut positioniert. Denn für uns war klar: Wir wollten die Wahlen nicht gewinnen, um Ämter zu haben. Wir wollten sie gewinnen, um etwas zu verändern. Das spürten die Menschen und darum haben wir die Wahlen gewonnen – machen wir was draus!

Zum Schluss bleibt der Dank an alle Kandidierenden, Ehemaligen und fleissigen Helfenden für das grossartige Engagement, auf das wir gerne auch bei den Nationalratswahlen im kommenden Jahr zählen.



Beatrice Baselgia,  
Kampagnenleiterin,  
Domat/Ems



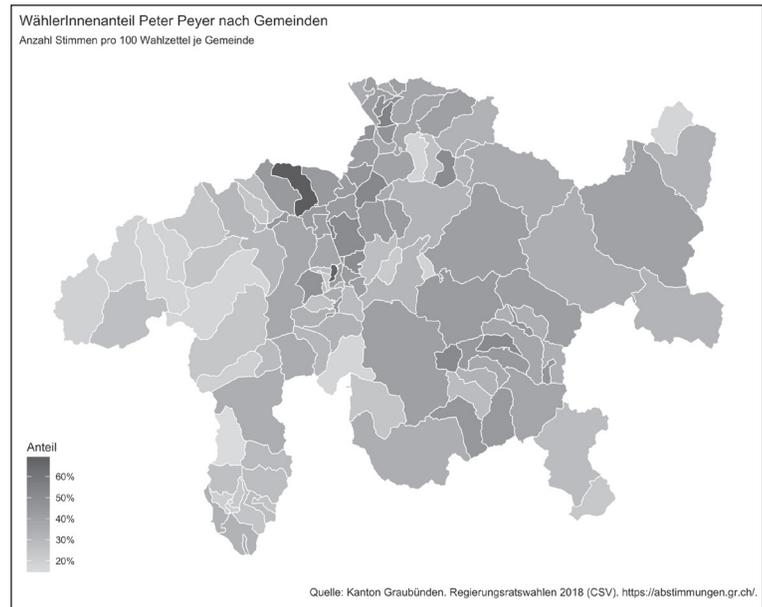
Philipp Wilhelm,  
Parteipräsident SP GR,  
Davos



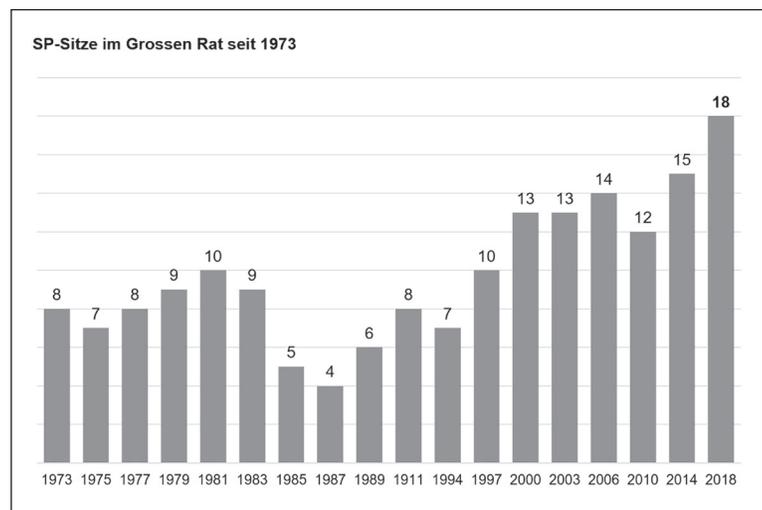
Lukas Horrer,  
Partei sekretär SP GR,  
Chur



## Wahresultat Peter Peyer



## Grossratswahlen





# Kant. Abstimmung vom 23. September 2018

## Fremdspracheninitiative: NEIN!

Sandra Locher Benguerel

Am 30. September findet die Abstimmung zur kantonalen Volksinitiative «Nur eine Fremdsprache in der Primarschule» statt. Sie verlangt: «In der Primarschule ist nur eine Fremdsprache obligatorisch, je nach Sprachregion ist dies Deutsch oder Englisch.» Die SP spricht sich seit der Lancierung gegen die Initiative aus. Weshalb?

Die Dreisprachigkeit gehört zur Kultur und Identität Graubündens. Ein Kennenlernen der anderen Sprachkulturen in der Kindheit stärkt diese Identität nachhaltig und gehört zum Bildungsauftrag. Eine diskriminierungsfreie Umsetzung der Fremdspracheninitiative für alle Sprachregionen wie sie das Bundesgericht vorgibt, kann nur mit teuren und organisatorisch komplizierten Massnahmen umgesetzt werden. Die Initiative greift die Identität Graubündens an und ist ignorant gegenüber Italienisch- und Romanischbünden.

Der Englischunterricht ab 5. Klasse an den Bündner Schulen wird erst seit dem Schuljahr 2012/2013 umgesetzt. Deshalb kann heute die Wirkung des Sprachenunterrichts noch nicht abschliessend beurteilt werden. Die nationale Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) hat auf 2019 eine Eva-

luation angekündigt. Deshalb macht es Sinn, diese Ergebnisse abzuwarten und daraus nationale Schlüsse zu ziehen. Eine Richtungsänderung im kantonalen Alleingang zum jetzigen Zeitpunkt ist unsorgfältig. Die anderen mehrsprachigen Kantone räumen ihren Kantonsprachen ebenfalls Priorität ein und beginnen zuerst mit der zweiten Kantonsprache, gefolgt von Englisch ab dem 5. Schuljahr. Die Bündner Initiative kommt als letzte in der Schweiz zur Abstimmung, ähnliche Initiativen in andern Kantonen hatten keinen Erfolg.

Die InitiantInnen argumentieren damit, dass viele Schülerinnen und Schüler heute überfordert seien. Dass kann man so pauschal nicht behaupten. Und: Taucht eine Überforderung auf, können wir gezielt darauf reagieren. Wir kennen heute klar definierte Abläufe und Instrumente, die individuelle Lösungen wie eine Suspendierung von einzelnen Fächern erlauben. Generell gilt: Gemäss EDK müssen alle SuS in der Schweiz am Schluss der obligatorischen Schulzeit dieselben Kompetenzen in Englisch und einer zweiten Landessprache haben. Würde nur eine Fremdsprache in der Primarschule vermittelt, müsste die Lektionenzahl auf der Oberstufe stark ausgebaut werden, was wiederum den Lerndruck für die Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe erhöhte. Die Initiative löst keine Probleme, schafft aber neue. Deshalb sagt die SP überzeugt Nein!



Sandra Locher Benguerel,  
Primarlehrerin &  
Grossrätin, Chur

Der Parteivorstand der  
SP Graubünden hat die  
**NEIN-Parole** gefasst.

# Iniziativa sulle lingue: NO!



Manuel Atanes, Granconsigliere, Roveredo

## Iniziativa «Per una sola lingua straniera»: una beffa ai danni delle minoranze

Manuel Atanes

Le occasioni nelle quali da italofono ci si sente una minoranza, purtroppo non sempre rispettata, non sono mancate nella scorsa legislatura del Parlamento cantonale. La questione dell'abolizione dell'insegnamento della nostra lingua nelle scuole elementari tedescofone è quella però che mi tocca più da vicino.

Da cittadino grigionese infatti mi riesce difficile accettare che si possa lanciare un'iniziativa che prevede un diverso trattamento per gli allievi solo perché di un'altra lingua madre cantonale. Mentre gli allievi tedescofoni potrebbero già incominciare a imparare l'inglese nelle scuole elementari, gli italofoeni dovrebbero imparare dapprima il tedesco. Mi si potrà ribattere che il tedesco è importante per i nostri giovani. Agli iniziattivisti non sta però a cuore il futuro professionale degli allievi grigionitaliani, i loro motivi non sono altruistici. Il loro vero motivo è che gli italofoeni devono imparare prima bene il tedesco affinché il Cantone possa continuare a funzionare prevalentemente in questa lingua.

Un altro motivo della mia contrarietà sono i costi aggiuntivi che il Governo ha quantificato per i comuni con più di 4 milioni di franchi all'anno, dovuti

principalmente all'organizzazione di lezioni facoltative di lingua nelle elementari che un'applicazione dell'iniziativa conforme alla costituzione comporta. Pensiamo un momento a cosa si potrebbe realizzare con queste risorse per migliorare il servizio pubblico in favore delle minoranze linguistiche. Pensiamo anche ai mezzi didattici per le scuole di cui mancano ancora le traduzioni, che si potrebbero realizzare in vista dell'introduzione del nuovo piano di studi nella Scuola dell'obbligo. Da insegnante sono contrario all'iniziativa perché le motivazioni di carattere didattico degli iniziattivisti sono pretestuose. La formula delle due lingue straniere alle elementari (dalla 3. una lingua nazionale, dalla 5. l'inglese) è applicata in ben 23 Cantoni nei quali vive il 92% della popolazione svizzera. Che proprio nell'unico Cantone trilingue, due lingue straniere comportino un sovraccarico per gli allievi è difficile crederlo. Se di sovraccarico bisogna parlare, allora nel caso di accettazione dell'iniziativa, quando gli allievi di lingua italiana dovranno recuperare in tre anni di Scuola secondaria o di Scuola d'Avviamento Pratico, per mettersi in pari con i tedescofoni, l'inglese che non hanno studiato alle elementari, sicuramente a scapito delle materie matematiche e scientifiche che gli iniziattivisti vorrebbero rafforzare.



# Iniziativa da linguas estras: No!

## In'attatga sin il Grischun

Jon Pult

Il preambel da la constituziun declera l'intent suprem d'in stadi. El stgaffescha ina sort da consens fundamental da la societad. Quai fa er il preambel da nossa Constituziun chantunala dal Grischun. Cun raschun appellescha el a las valurs da basa illuministicas sco libertad, pasch, dignitad umana, democrazia, stadi da dretg, giustia sociala u in ambient intact. Specificamain per il Grischun di el però era: «Nus, il pievel dal chantun Grischun, (...) cun l'intenziun da promover la trilinguitad e la varietad culturala e da mantegnair quellas sco part da l'ierta istorica, ans dain la sequenta constituziun.» La trilinguitad grischuna n'è per il pievel sco autur da la constituziun damai betg main ch'ina raschun d'existenza dal Grischun!

Il 23 da settember votain nus davart l'iniziativa dal pievel «Mo ina lingua estra en scola primara (iniziativa da linguas estras)». Il Cussegl grond la refusa cun 93 cunter 17 vuschs ed 1 abstenziun. Era la fracziun da la PS refusa questa iniziativa en la debatta a moda engaschada ed unanima. Pertge? Perquai che la PS prenda serius – ensemen cun la regenza e las organisaziuns linguisticas e culturalas – il preambel da la Constituziun chantunala e vul «promover» e «mantegnair» empè d'indeblir la trilinguitad grischuna. Per nus èsi inacceptabel

d'imaginar ch'ils uffants dal Grischun rumantsch e talian emprendian en scola primara tudestg – ina segunda lingua chantunala – entant che lur collegas dal Grischun tudestg emprendan anglais. Quai na discriminass betg mo ils uffants rumantschs e talians, igl indebliss evidentamain era nossa trilinguitad. Pertge che malgrà las sinceraziuns cuncontrastantas dals iniziants è lur text absolutamain cler: sche l'iniziativa vegn approvada, instruesch'ins en il futur en las scolas primaras grischunas tut tenor regiun linguistica mo pli tudestg u anglais sco lingua estra. I na dat nagina libertad da decider quai che riguarda la realisaziun. L'approvaziun fiss damai in grev culp per la trilinguitad, pia per in element characteristic dal Grischun.

Cunter questa attatga sin ina valor centrala da noss chantun stuain nus ans defender. E quai independentamain da noss dubis pli u main giustifitgads en connex cun la qualitat ed efficacitad da l'instrucziun da linguas estras dad oz. Noss NA a la discriminaziun d'ina part da noss uffants ed ad in'attatga nunponderada sin nossa trilinguitad n'enconuscha numnadamain nagins dubis.



Jon Pult, Chur, deputà  
(fin ils 28 d'avust 2018)

# Unsere neue Grossratsfraktion



## Manuel Atanes



\*1964  
Circolo di Roveredo  
Insegnante e direttore  
scolastico dei comuni di  
Roveredo, San Vittore e  
Grono

manuelatanes@bluewin.ch

## Conradin Caviezel



\*1983  
Kreis Chur  
Leiter Strategie SBB  
Personenverkehr

conradin.caviezel@gmail.com  
www.conradincaviezel.ch

## Beatrice Baselgia-Brunner



\*1656  
Kreis Rhäzüns  
Schulische Heilpädagogin

beatrice.baselgia@bluewin.ch

## Patrik Degiacomi



\*1972  
Kreis Chur  
Stadtrat

p.degiacomi@gmail.com

## Erika Cahenzli



\*1953  
Kreis Fünf Dörfer  
Primarlehrerin & Hausfrau

erika.cahenzli@bluewin.ch

## Beat Deplazes



\*1960  
Kreis Chur  
Kfm. Ang. und Maurer

beat.deplazes@bluewin.ch



### **Tina Gartmann-Albin**



\*1961  
Kreis Chur  
Treuhanderin

gartmann-albin@bluewin.ch

### **Sandra Locher Benguerel**



\*1975  
Kreis Chur  
Primarlehrerin

locher.benguerel@bluewin.ch  
www.locherbenguerel.ch

### **Silvia Hofmann**



\*1954  
Kreis Chur  
Coaching & Beratung,  
Publizistik

silviahofmann@hispeed.ch

### **Julia Müller**



\*1997  
Kreis Trins  
Studentin der Rechts-  
wissenschaften

julia.mueller@spin.ch

### **Lukas Horrер**



\*1991  
Kreis Chur  
Philosophie-Student,  
Ökonom,  
gelernter Kaufmann

lukas.horrer@icloud.com  
www.lukashorrer.ch

### **Andri Perl**



\*1984  
Kreis Chur  
Autor & Rapper

perlandri@hotmail.com  
www.andri-perl.ch



### **Franziska Preisig**



\*1973  
Kreis Oberengadin  
Promovierte Juristin &  
Dozentin HF

[fp-law@bluewin.ch](mailto:fp-law@bluewin.ch)

### **Jöri Schwärzel**



\*1964  
Kreis Klosters  
Leiter der Geschäfts-  
stelle Lehrpersonen  
Graubünden LEGR 70%,  
Family-Manager ca. 30%

[jsk@deep.ch](mailto:jsk@deep.ch)  
[www.joeri.site](http://www.joeri.site)

### **Tobias Rettich**



\*1991  
Kreis Fünf Dörfer  
Student Soziale Arbeit

[tobiasrettich@gmx.ch](mailto:tobiasrettich@gmx.ch)



\*1968  
Kreis Fünf Dörfer  
Kirchenratspräsident  
Evang.-ref. Landeskirche  
GR, Primarlehrer

[a.thoeny@ilnet.ch](mailto:a.thoeny@ilnet.ch)  
[www.andreasthoeny.ch](http://www.andreasthoeny.ch)

### **Renate Rutishauser**



\*1960  
Kreis Domleschg  
Psychiatriepflegefach-  
frau

[rutishauserrenate@gmail.com](mailto:rutishauserrenate@gmail.com)



\*1988  
Kreis Davos  
Masterstudium ETH  
Zürich, Architekt

[wilhelm.phi@gmail.com](mailto:wilhelm.phi@gmail.com)  
[www.philipp-wilhelm.ch](http://www.philipp-wilhelm.ch)



# Eidg. Abstimmung vom 23. September 2018

## JA zum Bundesabschluss Velo

Stefan Grass

Der Bundesbeschluss Velo ist eine Ergänzung der Verfassung. Daher muss am 23. September das Volk darüber abstimmen. Bundesrat, Nationalrat (115:70) und Ständerat (37:1) sagen sehr deutlich JA. Der Bundesbeschluss ist ein direkter Gegenentwurf zur im Jahr 2016 eingereichten Velo-Initiative. Die Velo-Initiative ist zu Gunsten des Bundesbeschlusses von den Initianten zurückgezogen worden. Der Bundesbeschluss Velo unterstützt und koordiniert Kantone, Städte und Gemeinden bei der Planung von Velowegnetzen. Das Velowegnetz wird dadurch attraktiver und günstiger. Das bringt mehr Sicherheit und Platz für alle Verkehrsteilnehmenden. Auto, ÖV, Fussverkehr und Velo ergänzen sich so besser. Ausgebaute Radwege bieten FahrradfahrerInnen Sicherheit. FussgängerInnen profitieren, weil das Trottoir dem Fussverkehr vorbehalten bleibt. Auf dem Weg zur Schule oder zur Arbeit bringt die Trennung von Verkehrsflächen Kindern und Erwachsenen mehr Sicherheit.

Fuss- und Wanderwege sind schon lange in der Bundesverfassung verankert. Das hat sich bewährt. Nun werden die Velowege gleichbehandelt. Kantone und Gemeinden sind und bleiben auch mit dem Bundesbeschluss für Planung, Bau, Unterhalt und Betrieb der Fuss-, Wander- und

Velowegnetze zuständig. Die Arbeit wird da erledigt, wo es Sinn macht. Das verbessert die Qualität aller Netze und spart Zeit und Kosten.

Velofahren ist platzsparend, gesund und umweltfreundlich. Velofahren leistet einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens. Rund 50 Prozent des Autoverkehrs besteht aus Fahrten, die kürzer als 5 km sind. Dank verbesserter verkehrspolitischer Rahmenbedingungen könnten solche Wege zu Fuss oder per Velo zurückgelegt werden. Velofahren zählt zu den beliebtesten Freizeitaktivitäten in der Schweiz. Einheimische wie Gäste haben ein grosses Bedürfnis nach attraktiven und sicheren Velorouten.

Wie die am 10. August veröffentlichte Abstimmungsumfrage zu den Vorlagen vom 23. September zeigt, hat der Bundesbeschluss Velo mehr Befürworter (48%) als Gegner (44%). Das gewichtigste Argument für ein Ja ist bei den Befragten das Thema Sicherheit. Matthias Aebischer, Präsident Pro Velo Schweiz erstaunt dies nicht: «Ausgebaute Velowege bieten den Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern mehr Sicherheit.» Die Zuversicht, dass am 23. September ein Ja zustande kommt, ist gross. «Wir können auf eine breite Allianz aus Sport, Tourismus und Verkehr zählen und haben Exponenten aus allen Parteien an Bord», sagt SP-Nationalrat Matthias Aebischer.



Stefan Grass, Präsident  
VCS Graubünden,  
Gemeinderat in Chur und  
Mitglied Concret  
Redaktion, Chur

Der Parteivorstand der  
SP Graubünden fasste  
die **JA-Parole**.  
Mehr Infos:  
[www.bundesbeschluss-velo-ja.ch](http://www.bundesbeschluss-velo-ja.ch)

# Eidg. Abstimmung vom 23. September 2018



Lukas Horrer, Parteisekretär SP Graubünden, Chur

Der Parteivorstand der SP Graubünden hat die **NEIN-Parole** beschlossen.

## Nein zur Ernährungssouveränitäts- Initiative

Lukas Horrer

Ganze zwei A4-Seiten umfasst der Text der Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität». Das Ziel der Initiative: Den Protektionismus in der Landwirtschaftspolitik stärken. So steht im Initiativtext: «Zum Erhalt und zur Förderung der einheimischen Produktion erhebt er [der Bund] Zölle auf der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln und reguliert deren Einfuhrmenge.» In der Denke der InitiantInnen sind Zölle ein Allheilmittel. Doch Zölle sind vor allem eines, nämlich unsozial. Die Kosten für die geforderten neuen oder höheren Zölle, würden wir alle berappen. Inzwischen bezahlt ein Haushalt hunderte Franken pro Jahr an Zöllen und mit der Initiative werden es mehr. Es spielt keine Rolle, ob der einzelne Haushalt dieses Geld hat oder nicht. Dieser Schweizzwang entpuppt sich als unsoziale Kopfsteuer. Wer eine soziale Landwirtschaftspolitik will, der setzt auf Direktzahlungen an die Betriebe. Mehr Ernährungssouveränität soll durch höhere Zölle erreicht werden. Das führt zwangsläufig zu einer Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion in der Schweiz und weniger Handel. Diese Abschottungspolitik ist vor allem nicht Interesse der Bündner Landwirtschaft. Eine schrittweise und flankierte Marktöffnung gegenüber

der EU würde mit der Initiative verunmöglicht. Gerade die Marktöffnung gegenüber der EU ist aber ein effizientes Instrument, um die Schweizer Landwirtschaft noch mehr auf eine ökologische Qualitätsstrategie auszurichten. Gerade für unseren Kanton mit seinem sehr hohen Anteil an biologischem Landbau, Direktvermarktungsbetrieben von Fleisch und vielen extensiv arbeitenden Bergbetrieben mit einem hohen Anteil an Direktzahlungen an ihrem Einkommen, ist eine schrittweise Marktöffnung, die mit einer gezielten Qualitätsstrategie verknüpft wird, eine positive Perspektive. Schliesslich würde eine flankierte Marktöffnung gegenüber der EU es ermöglichen, die Interessen von Tourismus- und Landwirtschaftspolitik unter einen Hut zu bringen. Denn der Tourismus profitiert von sinkenden Nahrungsmittelpreisen und gleich langen Spiessen gegenüber der europäischen Konkurrenz. Mit der Initiative wird das verunmöglicht.

Weiter enthält der Initiativtext die Forderung, dass der Bund dafür sorgt, die Anzahl Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zu erhöhen. Ökonomisch ist das irrational. Volkswirtschaftlich besteht kein Interesse an der Subventionierung von Arbeitsplätzen in schlechtbezahlten/tiefwertschöpfenden Branchen. Nicht unerwähnt bleiben darf die Tatsache, dass die Initiative mit zahlreichen internationalen Verträgen (u.a. WTO) nicht vereinbar ist.



# Eidg. Abstimmung vom 23. September 2018

## «Fair-Food-Initiative»

Silva Semadeni

Anders als die Delegierten der SP Schweiz ist der Parteivorstand der SP Graubünden von der grünen Volksinitiative mit dem schönen Titel «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel» nicht überzeugt. Darum empfiehlt er nicht deren Annahme. Wir sind zwar selbstverständlich auch für «Fair Food»: Die Importe von Lebens- und Produktionsmitteln dürfen nicht auf Kosten der Umwelt oder zulasten ärmerer Bevölkerungsschichten im Ausland gehen. Wir zweifeln aber, dass die Umsetzung der Initiative uns diesem Ziel näher bringt.

Die Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft ist in der Verfassung bereits seit 1996 prominent verankert und wurde letzten Herbst bei der Abstimmung über die Volksinitiative «Ernährungssicherheit» weiter bestärkt. So sind neu der Schutz des Kulturlandes, die Eindämmung der Lebensmittelverschwendung und auch nachhaltige grenzüberschreitende Handelsbeziehungen in der Bundesverfassung festgeschrieben. Die «Fair-Food-Initiative» würde also gegenüber der bestehenden Verfassungsgrundlage nicht viel ändern.

Die Initiative fordert namentlich:

«1. Der Bund stärkt das Angebot an Lebensmitteln, die von guter Qualität und sicher sind und die umwelt- und

ressourcen schonend, tierfreundlich und unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt werden. Er legt die Anforderungen an die Produktion und die Verarbeitung fest.

2. Er stellt sicher, dass eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, die als Lebensmittel verwendet werden, grundsätzlich mindestens den Anforderungen nach Absatz 1 genügen.»

Eingeführte Lebensmittel sollen also grundsätzlich dieselben Anforderungen erfüllen, wie die in der Schweiz produzierten Produkte. Diese Formulierung ist heikel. Die Anforderungen müsste das bürgerlich dominierte Parlament noch konkret definieren. Die Umsetzung ist somit alles andere als klar. Sind die Anforderungen hoch, könnte das zu Handelsstreit mit Handelsvertragspartnern auf der ganzen Welt führen. Sind sie tief, verschlechtert sich die Nachhaltigkeit der inländischen Produktion. Im schlimmsten Fall senkt der Bund die Anforderungen im Inland, um Retorsionsmassnahmen von Handelspartnern zu verhindern. Ein aufwändiger und teurer Kontrollaufwand wäre nötig, wenn überprüft werden müsste, ob importierte Produkte tatsächlich den Anforderungen entsprechen. An den grossen Defiziten der intensiven Schweizer Landwirtschaft (hoher Pestizideinsatz, Biodiversitätsrückgang) würde nichts geändert.

Vor diesem Hintergrund hat der Parteivorstand der SP Graubünden die Stimmfreigabe beschlossen.



Silva Semadeni,  
Nationalrätin, Chur

Der Parteivorstand der  
SP Graubünden  
hat **Stimmfreigabe**  
beschlossen.

# IG Sennhof

## Das Gefängnis wird Stadt

Yvonne Michel



Yvonne Michel, Präsidentin der IG Sennhof und des Künstlerkollektivs «Kabinett der Visionäre», Architektur- und Kunstschaffende, Stadtfan und Mutter, Chur

Der Verein IG Sennhof engagiert sich für eine innovative und nachhaltige Entwicklung des Areals Sennhof nach Wegzug des Gefängnisses aus der Altstadt mit einem gemeinsamen Projekt. Am 31. Oktober 2018 wird dieses beim Investorenwettbewerb um den Sennhof eingereicht.

In Chur soll zahlbarer Wohnraum, ein Quartierzentrum und ein öffentlicher, lebendiger Innenhof entstehen. Wie der Wettbewerb zum Haus am Arcas eindrücklich aufgezeigt hat, gibt es spannende Ideen und engagierte Menschen in unserer Hauptstadt auf der Suche nach Raum für Gewerbe, Kultur, Natur und auch Sport. Das Areal Sennhof stellt genau dafür eine einzigartige Chance dar. Der Sennhof soll wieder allen gehören!

Genossenschaften sind in Zürich, Basel, Luzern usw. als Motor einer lebendigen Stadtentwicklung nicht mehr wegzudenken. Denn Genossen-

schaften bauen visionär und solide, spekulationsfrei und demokratisch. Der Sennhof soll einer breit abgestützten Genossenschaft gehören, anstatt einem anonymen Investor. Für die Rückeroberung des Sennhofareals brauchen wir Dich. Und zwar jetzt schon. Werde Genossenschaft\*in. Du zahlst den Anteilschein à 500 Franken nur, wenn die IG Sennhof den Zuschlag erhält. Versprechen musst Du es aber jetzt schon, damit wir für den Wettbewerb genügend Gewicht haben. Wir schicken Dir gerne die nötigen Absichtserklärungen zum Ausdrucken und Zurückschicken. Diese sind rechtlich nicht verbindlich, wir hoffen aber dennoch auf eine Verbindlichkeit, die freundschaftlicher Natur ist. Sage JA zum gemeinsamen Projekt. Macht mit und werdet heute noch Botschafter\*Innen einer nachhaltigen und lebendigen Stadtentwicklung in den Alpen.

Weitere Informationen zu Unterstützungsmöglichkeiten auf

[www.igsennhof.com](http://www.igsennhof.com)

Kontakt:

[igsennhof@gmx.ch](mailto:igsennhof@gmx.ch)

### Was Genossenschaften können

«Genossenschaften bauen innovativ, nachhaltig, solide, frech, schön, günstig. **Das tun andere auch.** Genossenschaften bauen visionär: Sie bauen Gemeinschaftsräume und Clusterwohnungen, sie bauen flächensparend und funktional, sie bauen für die 2000-W-Gesellschaft. **Das tun sonst nur wenige.** Genossenschaften bauen spekulationsfrei: Sie lassen die Rendite im Haus und geben sie den MieterInnen zurück, sie bieten den BewohnerInnen Bleiberecht. **Das tut sonst keiner.** Genossenschaften bauen demokratisch: Sie befragen ihre Mitglieder, wenn sie bauen wollen, sie beziehen die BewohnerInnen in die Planung ein, sie beteiligen sich am Betrieb und überlassen ihnen manchmal Entscheidungen über Vermietung oder Unterhalt. Sie bauen soziale Netze und funktionierende Nachbarschaften. **Das kann sonst keiner.»**

*Res Keller, ehem. Geschäftsführer Genossenschaft Kalkbreite, Zürich, September 2011*



## Leute: Julia Müller

**Concret: Julia, du hast den Grossratsitz von Peter Peyer im Kreis Trins für die SP sensationell verteidigt – mit einem Glanzresultat. Wann hast du daran geglaubt, dass es klappen könnte?**

Julia: Erst als die Gratulationsnachrichten eintrafen! Im Wahlkampf gab es die unterschiedlichsten Prognosen. Einige Leute meinten: Du schaffst es eh. Aber es gab auch immer wieder Momente des Zweifels. Insgesamt war der Wahlkampf aber ein tolles Erlebnis. Auf der Strasse bekommst so viel gutes Feedback, auch von Menschen, die deine Meinung nicht teilen. Sie schätzen, dass du dich engagierst. Und wenn man am Telefon jemanden davon überzeugt, doch noch wählen zu gehen, gibt dir das einen richtigen Schub.

**Du bist das jüngste Mitglied des Grossen Rats. Gibt es spezielle Anliegen der Jugend, die dir wichtig sind?**

Ja: Ausbildung, Weiterbildung, die Hochschullandschaft. Graubünden braucht neben der PH und der HTW weitere Angebote auf Hochschulniveau. Der Kanton verliert zu viele Junge, die auf der Suche nach höherer Bildung wegziehen. Wir müssen zudem darauf achten, dass unser Nachtleben und die Möglichkeiten zum sozialen Austausch attraktiver werden.

**Du bist im Grossen Rat die einzige Frau unter vierzig ...**

Ich habe Respekt vor diesem Missverhältnis. Es ist leider so: Als junge

Frau muss man mehr leisten, um ernst genommen zu werden. Trotzdem bin ich zuversichtlich, dass ich in der Fraktion und im Rat rasch Anschluss finde und aus dieser Herausforderung eine Chance mache. Gerade von den erfahrenen Frauen im Rat kann ich diesbezüglich viel lernen.

**In welche Politikfelder willst du dich einbringen?**

Ich interessiere mich für alles und will alles verstehen. Bildung liegt mir nahe, weil ich selber noch studiere. Mit Umweltpolitik kam ich schon im Elternhaus in Berührung. Die Natur ist unser grösstes Potenzial. Und vom Jus-Studium her interessieren mich natürlich die Themenfelder Recht, Justiz und Sicherheit. Die Überwachungsmaßnahmen im neuen Polizeigesetz, das wir in der Augustsession behandeln, beunruhigen mich. Generell will ich mich für den Schutz unserer Grundrechte einsetzen, die immer wieder massiven Eingriffen ausgesetzt sind.

**Neu bist du auch noch Präsidentin der Sektion Imboden.**

Ich will die Organisation so gut weiterführen, wie das Enea Baselgia die letzten Jahre getan hat, und die Ansprechpartnerin für die Öffentlichkeit und unsere Mitglieder sein. Gerne würde ich versuchen, noch mehr Inputs unserer engagierten Basis aufzunehmen und neben der regulären Sektionsarbeit Raum für spezielle Projekte und Aktionen zu schaffen.



Julia Müller (\* 1997) studiert Rechtswissenschaften an der Uni Bern, ist Co-Präsidentin der JUSO Graubünden und jüngste Grossrätin (Kreis Trins).



Sina Menn, Co-Präsidentin JUSO GR, Juf

## Überwachungskanton Graubünden?

Sina Menn

In der kommenden Augustsession wird der Grosse Rat die Teilrevision des kantonalen Polizeigesetzes behandeln. Die Revision des Polizeigesetzes führt zu einer Ausdehnung der Überwachung des öffentlichen Raumes und schafft die gesetzliche Grundlage dafür. Die JUSO Graubünden lehnt diesen Eingriff in das Grundrecht auf Privatsphäre und in das Grundrecht auf Schutz vor Missbrauch von persönlichen Daten ab. Durch die Möglichkeit der Datenspeicherung und Gesichtserkennung macht der Kanton einen grossen Schritt in Richtung Überwachungskanton. Die JUSO hat sich schon gegen die Kompetenzausdehnung des nationalen Nachrichtendienstes gewehrt und steht aus denselben Gründen der Teilrevision des Polizeigesetzes kritisch gegenüber.

Durch die Änderungen können in Zukunft sogenannte Bodycams, also Kameras, welche die Polizistinnen und Polizisten auf sich tragen, eingesetzt werden. Dadurch entsteht nicht nur das Problem einer Ansammlung von Videomaterial und damit kritischen datenschutztechnischen Fragen, sondern auch das Risiko, dass die gesammelten Daten zum Nachteil der Bevölkerung verwendet werden. Bei einem Einsatz einer Bodycam sollte nicht nur die entsprechende Beamtin oder

der entsprechende Beamte sich das Material zu Nutze machen können, sondern auch die betroffene Zivilperson. Bei einem polizeilichen Einsatz kann auch von Seiten der Polizei eine ungerechtfertigte Handlung ausgehen. Ein weiterer kritischer Punkt ist die Personenidentifikation durch die öffentliche Überwachung. Neu soll eine Video- oder Audioüberwachung auch dann erlaubt sein, wenn nur eine konkrete Gefahr besteht, dass es zu einer Straftat kommen könnte. Diese Formulierung lässt einen grossen Interpretationsspielraum zu. Man geht somit das Risiko ein, dass Lokaltäten aus ungenügenden Gefahrensituationen überwacht werden dürfen. Wir befürchten, dass diese Methode unwirksam ist, und dadurch lediglich eine unverhältnismässige, allgegenwärtige Möglichkeit der Überwachung entsteht. Die Revision stellt für uns einen Rückschritt für Graubünden dar. In Zeiten der Datensammlung und Überwachung durch Konzerne wie Google und Facebook, in Zeiten von Cambridge Analytica und Co. sollte die Forderung nach mehr Datenschutz oberste Priorität haben. Stattdessen baut man die Überwachungsmöglichkeiten aus. Die Annahme, dass mit solchen Mitteln mehr Sicherheit geschaffen werden könne, ist genauso irreführend wie die Behauptung, dass damit Terrorismus bekämpft würde. Vielmehr steuern wir in Richtung Überwachungsstaat und Unfreiheit und damit Machtentzug bei der Zivilbevölkerung.

## Parolen der SP Graubünden zu den Abstimmungen vom 23. September 2018

### Kant. Abstimmungen:

Fremdspracheninitiative **NEIN**

### Eidg. Abstimmungen:

Bundesbeschluss Velo **JA**

«Für Ernährungssouveränität» **NEIN**

«Fair-Food» **Stimmfreigabe**

### Parteitag der SP Schweiz

Am 1./2. Dezember findet der Parteitag der SP Schweiz in Windisch (AG) statt. Unter anderem wird das neue Wirtschaftskonzept der SP Schweiz diskutiert. Im Gegensatz zu normalen Delegiertenversammlungen können am Parteitag nur die Sektionen Delegierte anmelden. Wer also als DelegierteR am Parteitag teilnehmen möchte, meldet sich am besten bei der/dem SektionspräsidentIn.

Alle Infos unter:

[www.sp-ps.ch/parteitag2018](http://www.sp-ps.ch/parteitag2018)

### Unsere Gewählten GrossratsstellvertreterInnen

Ladina Alioth, Kreis Davos  
Barbara Bleuler, Kreis Thusis  
Simone Giudicetti-Pederzoli,  
Kreis Roveredo  
Thomas Hensel, Kreis Chur  
Barbara Hirsbrunner,  
Kreis Domleschg  
Pascal Pajic, Kreis Chur  
Sandra Spadarotto, Kreis Chur  
Simon Stieger, Kreis Fünf Dörfer  
Martina Tomaschett, Kreis Chur  
Martijn van Kleef, Kreis Rhäzüns  
Stefan Walser, Kreis Davos  
Zilan Yigit, Kreis Fünf Dörfer  
Corina Zarn, Kreis Trins

### Impressum

Herausgeber:  
SP Graubünden  
Concret  
Postfach 561  
7001 Chur

Nr. 3/2018

### www.sp-gr.ch

info@sp-gr.ch  
Telefon 081 284 91 00  
Fax 081 284 91 01  
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Lukas Horrer  
(Redaktionsleitung),  
Stefan Grass, Silvia Modalek,  
Andri Perl  
Versand: Peter Montigel,  
Christian Brassler & Team

Layout: Urs Bütikofer  
Druck: Selva Caro Druck AG,  
Flims  
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 4/2018:  
12. Oktober 2018

ClimatePartner<sup>o</sup>  
klimaneutral



**Dank dem grossen  
Einsatz von Peter  
Montigel, Christian  
Brassler & Team  
kommt das Concret  
immer zuverlässig  
bei den LeserInnen  
an. Auf dem Bild:  
Jung und Alt packen  
gemeinsam an;  
das Ehepaar Krättli  
und JUSO-Sekretär  
Dominik Schneiter  
beim Verpacken.**